

Antrag

des Abg. Klaus Hoher u. a. FDP/DVP

Wolfsmonitoring und Herdenschutzmaßnahmen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Weidetierhaltung seit 2015 in Baden-Württemberg entwickelt hat;
2. inwiefern sie einen Zielkonflikt zwischen der weiteren Ausbreitung des Wolfs in Baden-Württemberg und der Weidetierhaltung sieht;
3. welche Kosten das Wolfsmonitoring bis heute in Baden-Württemberg verursacht hat (bitte differenziert nach Jahren und nach Kostenart, beispielsweise Kosten für die Rissbegutachtung, Personalkosten etc.);
4. wie viele Nutztierrisse es seit 2015 in Baden-Württemberg gegeben hat (bitte fallweise aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Ort, nach Datum, nach Art des gerissenen Nutztiers, nach Art des für den Nutztierriß verantwortlichen Tieres sowie mit Angabe, inwiefern ein ausreichender Herdenschutz vorhanden war);
5. welche Kenntnisse sie über die Anzahl und Entwicklung von Nutztierrißen in den vergangenen fünf Jahren in anderen Bundesländern und Staaten mit Wolfsvorkommen hat (sofern möglich bitte differenziert nach Bundesland oder Staats sowie Jahren);
6. welche Entwicklung sich bezüglich der Nutztierrisse vor dem Hintergrund einer steigenden Wolfspopulation in Baden-Württemberg erwartet;
7. in wie vielen Fällen sowie in welcher Höhe seit Drucksache 17/111 Nutztierhaltenden Kosten für Schutzzäune und Zubehör, Arbeitskosten, Unterhaltskosten für Herdenschutzhunde, Kosten für den erhöhten Aufwand für das Weidemanagement, Kosten für die Tierkörperbeseitigung gerissener Nutztiere, Tierarztkosten oder Kosten für Medikamente bei verletzten Tieren sowie der Wert von gerissenen Tieren erstattet wurde (bitte fallweise aufgeschlüsselt und tabellarisch dargestellt);
8. in wie vielen Fällen innerhalb der Fördergebiete Wolfsprävention nach einer Übergangsfrist von einem Jahr nach Ausweisung des Fördergebietes ein Schaden nicht erstattet wurde, weil der Grundschutz (Schafe, Ziegen, landwirtschaftliches Gehegewild) zum Zeitpunkt des Übergriffes nicht korrekt installiert war (bitte auch mit Angabe der Summe der nicht erstatteten Mittel);
9. in wie vielen Fällen nach einer Förderung von Weiden mit Kälbern, Jungrindern und Fohlen bis zu einem Alter von zwölf Monaten auf besonders zu schützenden Teilflächen Ausgleichszahlungen nicht gestattet wurden, weil der Grundschutz nicht korrekt installiert war (bitte auch mit Angabe der Summe der nicht erstatteten Mittel);
10. unter welchen Voraussetzungen sowie in welcher Höhe Herdenschutzhunde gefördert werden;
11. wie sich die Anzahl der Herdenschutzhunde in Baden-Württemberg seit 2015 entwickelt hat (bitte auch mit Angabe der jeweiligen Rasse);

12. welche Voraussetzungen Hunde erfüllen müssen, um als Herdenschutzhund in Baden-Württemberg eingesetzt werden zu können;
13. was ihrer Kenntnis nach mit Welpen geschieht, die als Herdenschutzhund eingesetzt werden sollten, aber die Voraussetzung zum Herdenschutzhund nicht erfüllen sowie was mit Herdenschutzhunden geschieht, wenn ein Weidetierhalter seine Tierhaltung aufgibt oder sie aufgrund ihres Alters, einer Verletzung oder Erkrankung nicht mehr zum Herdenschutz eingesetzt werden können;
14. wie sie die Wirksamkeit sowie die Auswirkungen der bisher ergriffenen Herdenschutzmaßnahmen zum Schutz vor Wolfsrissen in Baden-Württemberg bewertet, insbesondere mit Blick auf die Anpassungsfähigkeit des Wolfs, mit Blick auf die Auswirkungen auf die Kulturlandschaft, mit Blick auf die Auswirkungen auf andere Wildtiere sowie mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis;
15. wie sie die derzeitige Regel bewertet, nach welcher der geschädigte Nutztierhalter nachweisen muss, dass ein Wolf seine Tiere gerissen hat, insbesondere mit Blick auf deren Praxistauglichkeit.

26.08.2022

Hoher, Haußmann, Goll, Dr. Kern, Bonath, Brauer, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Karrais, Reith, Prof. Dr. Schweickert, Trauschel, FDP/DVP

Begründung

Die Rückkehr von Wölfen in Baden-Württemberg stellt insbesondere für Weidetiere, Tierhalter und die heimische Landwirtschaft eine Belastung dar. Der Antrag soll in Erfahrung bringen, wie sich die Kosten für das Wolfsmonitoring und Herdenschutzmaßnahmen in Baden-Württemberg entwickelt haben und welche Wirksamkeit diese bisher hatten.